

Bernhard Weßels

Die "dritten Wege": Eine Modernisierung sozialdemokratischer Politikkonzepte?

Habilitationsvortrag vor dem Fachbereichsrat des Fachbereichs „Politik- und Sozialwissenschaften“ der Freien Universität Berlin am 16. Februar 2000 zur Erlangung der *Venia legendi* für das Fach Politikwissenschaft, Vortragsmanuskript.

1. Vorbemerkung zum Thema

Eine neue Variante des Dritten Weges hat 1998 das *internationale* Licht der Welt erblickt und um diesen aktuellen Dritten Weg der Sozialdemokratie geht es mir hier. „Die Dritten Wege: Eine Modernisierung sozialdemokratischer Politikkonzepte“ ist mein Thema. Es ist mindestens in zweifacher Hinsicht mehrdeutig. Zum einen, weil es im Plural gehalten ist, zum anderen, weil es den Begriff der Modernisierung bemüht.

Wie ich zeigen werde, gibt es gute Gründe dafür, unter einer bestimmten Perspektive von Dritten Wegen und nicht nur vom Dritten Weg zu sprechen, wie es Blair, Clinton, Hombach und Schröder tun (Blair 1998; Democratic Leadership Council 1999, Hombach 1998; Schröder/Blair 1999).

Der Begriff der Modernisierung mag vielleicht als provokant, zumindest aber als "parteiisch" empfunden werden, da Schröder und Blair den Dritten Weg ja selbst als „Anstoß zur Modernisierung“ bezeichnen (Schröder/Blair 1999), während Kritiker ihn für einen politischen Fehltritt halten. Das ist jedoch nicht die Debatte, in die ich einsteigen will. Vielmehr benutze ich den Begriff der Modernisierung, um damit zu kennzeichnen, daß es beim Projekt Dritter Weg um die Umprogrammierung von Organisationszielen zum Zwecke der Umwelтанpassung geht, also um einen parteiinternen Prozeß, ohne daß ich diesen inhaltlich-normativ beurteilen möchte. Wohl aber werde ich versuchen abschätzen, ob die Debatte über den dritten Weg für das Ziel, das meiner Meinung nach damit verfolgt wird, zweckmäßig ist. Damit sind die zwei Grundfragen, die ich bearbeiten möchte, angesprochen:

1. Wodurch zeichnen sich die "Dritten Wege" aus? Also: was ist der Dritte Weg, was sind die dritten Wege?
2. Was sind die Gründe für die Umprogrammierung? Also: Warum wird der Dritte Weg propagiert und vor allem, warum jetzt?

In einem 3. und abschließenden Schritt werde ich versuchen, kurz einige Konsequenzen des Dritten Weges für Politik und Parteienwettbewerb aufzuzeigen und hier auf den Begriff der Modernisierung zurückkommen.

Im wesentlichen geht es mir darum, zwei Hypothesen plausibel zu machen:

Hypothese 1:

Bei den Vorlagen zum Dritten Weg handelt es sich um den Versuch einer nachholenden Programmierung.

Hypothese 2:

Zwar lassen sich die Ursachen des jetzt vertretenen Dritten Weges in langfristigen Entwicklungen finden, nicht aber die Gründe für den Zeitpunkt der Proklamation. Der Zeitpunkt läßt sich nur aus strategischen Kalkülen zum Parteienwettbewerb, also elektoralen Strategien, erklären.

Eine dritte Hypothese, oder besser Prognose oder Einschätzung ergibt sich aus meinem abschließenden Punkt. Dem möchte ich hier aber noch nicht vorgehen.

Eine Einschränkung möchte ich einführen. Der Dritte Weg des Democratic Leadership Councils und der New Democrats in den USA und ihr Einfluß auf die zunächst britische Diskussion lasse ich hier ausser acht (Democratic Leadership Council 1999). Wenn man New Labour und Giddens (Giddens 1998: 11) glauben darf, kam der Anstoß für die „Internationalisierung“ der Debatte ohnehin von Blair, und zwar im Februar 1998.

2. Dritter Weg – Dritte Wege

2.1. Zum Begriff "Dritter Weg"

Eine „Archäologie“ des Begriffs kann hier nicht bestritten werden. Ich möchte aber doch kurz aufzeigen, daß es sich nicht um einen neuen Begriff handelt. Was sich gewandelt hat, sind die Pole, zwischen denen der Dritte Weg gesucht wird:

- Der Dritte Weg bedeutete bei den sozialistischen Parteien nach dem 2. Weltkrieg: Gemischtwirtschaft, Gemeinwirtschaft, Wirtschaftsdemokratie in Zuwendung zu demokratisch-freiheitlicher Prinzipienorientierung und Kritik am Stalinismus der kommunistischen Parteien.
- Kurt Schumacher sprach in Anlehnung an Paul Serings alias Richard Löwenthals Buch „Jenseits des Kapitalismus“ aus dem Jahre 1947 vom Dritten Weg als sozialistischer Neuordnung zwischen USA und Sowjetunion (Heimann 1984: 2049).

- die Sozialistische Internationale definierte bei ihrer Gründung 1951 den Dritten Weg als Alternative zwischen reinem (amerikanischen) Marktkapitalismus und Sowjetkommunismus.
- In Deutschland gab es 1972 eine Podiumsdiskussion „Der Dritte Weg“ in Bad Boll, unter anderem mit Peter Glotz (Steinbuch u.a. 1972). Glotz definierte den Dritten Weg als den Entwurf einer humanen Gesellschaft jenseits von Kapitalismus und Kommunismus, der eine reformistische Praxis beinhaltet und auf die Zurückdrängung der totalen Wachstumsideologie und die Demokratisierung der Gesellschaft in einem reformistischen Europa hinausläuft. Hier zeigen sich also erste Ansätze der Kombination mit später als „Neue Politik“ bezeichneten Zielen (Steinbuch u.a. 1972: 96).
- Enger wurde die Definition der Eurokommunisten in den 70er Jahren. In Anlehnung an Gramsci wurde der Dritte Weg als Alternative zwischen Sozialdemokratie und Sowjetkommunismus definiert.

Der weiten Definition zwischen Kapitalismus und Kommunismus und der engen Definition zwischen Sozialdemokratie und Sowjetkommunismus ist jetzt eine dritte Variante hinzugekommen:

- der aktuelle Dritte Weg liegt zwischen alter Sozialdemokratie und Neo-Liberalismus (Giddens 1998: 38), er definiert eine Politik Links von der Mitte, aber rechts von der traditionellen Sozialdemokratie.

Das Bild vom Dritten Weg ist also alles andere als neu. Abgesehen vom Eurokommunistischen Pendelschlag, der eine Mitte Links von der Sozialdemokratie suchte, verweisen die beiden anderen Wege auf die Verschiebung des politischen Gravitationspunkts der Sozialdemokratie in Richtung der politischen Mitte, die im ersten Fall noch sehr weit, im zweiten dann sehr eng gezogen wird.

2.2. Dritte Wege: Neue Gleichgewichte - Varianten

Diejenigen, die in Europa die aktuelle Variante des Dritten Weges explizit propagiert haben, also Blair (1998) und Giddens (1998) in Großbritannien, Hombach (1998) und Schröder (Schröder/Blair 1999) in Deutschland, nehmen trotz der Enge zwischen den beiden Polen dennoch nicht für sich in Anspruch, ein geschlossenes politisches Konzept vorzulegen. Geradezu das Gegenteil: sie wollen sich von Ideologien absetzen: Hombach sucht einen pragmatischen Weg zwischen den Ideologien (Hombach 1998: 25), Schröder und Blair pragmatische Politik ohne ideologische Einengung unter Anwendung von Werten und Prinzipien (Schröder/Blair 1999: 3).

Und in der Tat: daß der aktuelle Dritte Weg kein geschlossenes Konzept ist und schon gar nicht Ideologiecharakter im wissenschaftlichen Sinne aufweist, ist kein Understatement. Wer erwartet, daß etwa konsistent politische Werte auf konkrete politische Ziele als Mittel der Verwirklichung der Werte und schließlich auf Politiken als Mittel zur Erreichung der politischen Ziele bezogen werden können, wird enttäuscht (Ich spare mir die konkreten Belege hier, verweise nur darauf, daß schon die Prioritätenfolgen zwischen den in der Diskussion zentralen Werten wie Gerechtigkeit, Gleichheit, Solidarität, Fairneß und Freiheit in den Beiträgen zum Dritten Weg von Blair 1998, Schröder und Blair 1999, der Grundwertekommission der SPD 1999 und Giddens 1998 voneinander abweichen.).

Bis jetzt habe ich den Begriff Dritter Weg im Singular benutzt, ganz im Sinne der Protagonisten Blair, Giddens, Hombach und Schröder. Die Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD (SPD-Grundwertekommission 1999) spricht in ihrem Papier vom September 1999 aber von „Dritten Wegen und Neuer Mitte“, ebenso wie Wolfgang Thierse in den Frankfurter Heften vom November 1999 (Thierse 1999). Worin liegt der Unterschied:

Bei den Protagonisten oder Propagandisten des Dritten Weges geht es um einen *politischen Strategiebegriff*, während die Grundwertekommission sich einen *Begriff von der Realpolitik* in den sozialdemokratisch regierten Ländern macht und diese aufgrund ihrer konkreten Differenzen in der Politik, aber der Gemeinsamkeiten in den strategischen Grundgehalten als verschiedene Varianten des Dritten Weges bezeichnet.

Es geht also weder um ein ableitbares, noch um ein gleichartiges Politikmuster. Vielmehr geht es um eine generelle Orientierung zur graduellen Restrukturierung der Verhältnisse von Politik, Gesellschaft und Ökonomie, die in jedem einzelnen Fall konkret anders ausgefüllt werden kann. Im Prinzip handelt es sich um einen strukturell – nicht inhaltlich – ähnlichen Vorgang, wie ihn Lehbruch (1998) in seinem Aufsatz zu Reformstrategien alternierender Parteienregierungen für konservative und christdemokratische Regierungen analysiert hat.

Im Kern geht es um die Neuordnung der Beziehungen zwischen

a) Staat – Markt – Gemeinschaft – Individuen

und bezogen auf politische Ziele um die Relationen zwischen:

b) Wirtschaftliche Effektivität – soziale Gleichheit bzw. Sicherheit – Freiheit – Nachhaltigkeit.

Diese jeweils vier Elemente lassen sich als magisches Viereck verstehen, wie es auch aus der Wirtschaftstheorie bekannt ist. Die Dritten Wegen suchen hier eine neue Balance in einer eindeutig angebbaren Richtung.

Lassen Sie mich nur die wichtigsten Umorientierungen kurz benennen:

Staat – Markt:

Entstaatlichung des Marktes und Vermarktlichung des Staates

Die entsprechenden Slogans sind:

„Nicht Marktgesellschaft, aber Marktwirtschaft“ (Schröder/Blair 1999).

„Der Staat soll den Markt immitieren“ (Giddens 1998: 91; 117).

Der Markt soll nicht gezähmt werden, sondern der Staat soll Voraussetzungen für effiziente und innovative Wirtschaftstätigkeit schaffen. Verwaltung und staatliche Leistung soll nach Effizienzkriterien ausgerichtet werden und wenn Marktlösungen für Problemlösung besser geeignet sind, sind öffentliche Dienstleistungen zu privatisieren.

Staat – Gemeinschaft:

Stärkere Entstaatlichung sozialer Leistungen durch Vergemeinschaftung

Der entsprechende Slogan ist „Koproduktion von Sozialleistungen“ (Grundwertekommission 1999).

In diesem Zusammenhang wird die Bedeutung des Dritten Sektors und der Zivilgesellschaft betont.

Staat – Individuum:

Stärkere Individualisierung sozialer und ökonomischer Risiken.

Der Slogan hier: „keine Rechte ohne Pflichten“ (Schröder/Blair 1999; Blair 1998).

Das Individuum soll die Gelegenheiten produktiver Risiken, die der Markt bietet, aufgreifen und stärkeren Unternehmergeist zeigen. Der Einzelne ist Unternehmer, der seine Gelegenheiten ausnutzen muß, so Blair (1998: 10).

Hinsichtlich der vier Ziele Wirtschaftliche Effektivität – soziale Gleichheit bzw. Sicherheit – Freiheit – Nachhaltigkeit ergeben sich ebenfalls interessante Umgewichtungen der Zielkonflikte schon aus den Neu- bzw. Umdefinitionen:

- *Wirtschaftliche Effizienz und Wachstum* werden als Produzenten der Voraussetzungen für Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit aufgewertet.
Soziale Gerechtigkeit wird umdefiniert zu sozialer Inklusion. Soziale Inklusion ist dabei im wesentlichen arbeitszentriert definiert. Sie soll hergestellt werden über den aktivierenden Staat (Hombach 1998), bzw. den Sozialinvestitionsstaat (Blair 1998, Giddens 1998:138, Grundwertekommission 1999).
- *Nachhaltigkeit*, definiert als gegenwärtige maximale Bedürfnisbefriedigung, ohne die Möglichkeit künftiger Generationen einzuschränken, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen (World Commission on Environment and Development), wird verstärkt ökonomisch interpretiert. Es geht nicht mehr nur, vielleicht nicht einmal primär um Ökologie, sondern um Haushaltskonsolidierung, um die unfaire Belastung für jüngere Generationen zu vermeiden, so Schröder/Blair (1999: 13).

- *Freiheit*: Wird als zentrale Variable für die Marktfähigkeit aufgewertet.

Die angebotsseitige Orientierung dieser Restrukturierung ist offensichtlich. Wie Schröder/Blair (1999: 7) vermerken, soll die mikroökonomische Flexibilität durch Angebotspolitik hergestellt werden, um makroökonomische Stabilität zu gewinnen.

Streeck bezeichnet dieses Konzept als kompetitive Solidarität (Streeck 1999): Umgestellt werden sollen Sozialleistungen von Umverteilung auf Investition, insbesondere in Humankapital, um den Einzelnen markt- und wettbewerbsfähig zu machen. Gleichheit und soziale Gerechtigkeit sollen nicht mehr über Umverteilung individueller Konsumtionsmittel im Nachhinein, sondern Investitionen in Humankapital, Infrastruktur und Produktionskapazitäten im Vorhinein hergestellt werden. Streeck bezeichnet dies als angebotsseitigen Egalitarismus.

2.3. Dritte Wege: nachholende Programmierung

Interessant ist dabei, daß dieser Kurs von Sozialdemokraten schon seit längerem verfolgt wird. Die Grundthese ist daher, also meine Hypothese 1:

Beim Dritten Weg handelt es sich um den Versuch der nachholenden Programmierung.

Alle Analysen zur sozialdemokratischen Krisenpolitik und zum Wandel des Wohlfahrtsstaats verweisen auf ein- und denselben Befund. Spätestens ab der zweiten Ölpreiskrise 1979 läßt sich eine Neujustierung sozialdemokratischer Politik im Sinne der Verschiebung auf eine angebotsorientierte Politik ausmachen. Nach Scharpf (1987) war nach 1979 die Möglichkeit für eine keynesianische Strategie durch eine Reihe von Faktoren blockiert. Insbesondere das hohe Zinsniveau in den USA und die bereits zu diesem Zeitpunkt finanzmarktpolitisch vollzogene Globalisierung setzten die Geld- und Aktienmärkte aller Nationen unter Druck. Das trieb die Sozialdemokratie in die Defensive. Reagiert wurde zwar mit unterschiedlichen Maßnahmen, die aber alle auf eine Stärkung angebotsseitiger Politiken hinausliefen. Auch wenn der Untersuchungszeitraum weiter in die 80er Jahre ausgedehnt wird, zeigt sich, wie Merkel (1993) in der Auseinandersetzung mit der These vom „Ende der Sozialdemokratie?“ belegt, daß Privatisierungs-, Haushalts-, Konjunktur- und Beschäftigungspolitik auf die neuen Randbedingungen eingestellt wurden. Es setzte sich, so Merkel, auch bei sozialdemokratischen Regierungen ab Mitte der achtziger Jahre die Einsicht durch, zu hohe Abgaben und wachsende Haushaltsdefizite seien für langfristige Allokations- und Wachstumsstörungen verantwortlich. Insgesamt wurden daher die allokative Rationalität des Marktes und die individuelle Aufstiegsmobilität stärker hervorgehoben, Modernisierungsoffer auf dem Arbeitsmarkt in Kauf genommen (Merkel 1993:

361). Eine nachfrageorientierte Steuerung wich in den 80er Jahren der angebotsorientierten (Merkel 1993: 253), so Merkel.

Die Ergebnisse dieser intensiven Mehrländerstudien werden durch flächendeckende makroquantitative Analysen der Politikentwicklung gestützt. Wichtig ist aber, daß eindeutige Unterschiede in der Politik von Regierungen mit linker Beteiligung fortbestehen. Sie äußern sich zum einen in einer antizyklischen Nutzung der Fiskalpolitik, wie Cusack (1999) belegt, und zum anderen in einer Angebotspolitik, die sozialdemokratische Politikziele berücksichtigt, also aktive Arbeitsmarktpolitik, öffentliche Investitions- und Subventionspolitik, wie Garrett und Lange in einem Aufsatz von 1991 (Garrett/Lange 1991) und Garrett in seinem Buch „Partisan Politics in Global Economy“ (1998) zeigen. Gleiches gilt für Wohlfahrtsausgaben, wie Stephens, Huber, Ray (1998) zeigen können.

Bei aller bestehen bleibender Unterschiede in den Politiken der Regierungen unterschiedlicher Parteienzusammensetzung wird allerdings in allen Studien auch deutlich, daß sich Konvergenzen in dem Sinne ergeben, daß die Politik-Differenzen zwischen linken und nicht-linken Regierungen kleiner werden. Kitschelt, Lange, Marks und Stephens argumentieren in den Schlußfolgerungen von „Continuity and Change in Contemporary Capitalism“ (1999), daß es sich dabei weder um Konvergenzprozesse handelt, die einem reinen Markt-, noch einem neo-liberalen Modell, sondern eher einem Modell mit institutioneller Begrenzung der Annäherung (neo-institutionalistisch) entsprechen: Aufrechterhaltung von Unterschieden mit deutlich begrenzten Möglichkeiten für interventionistische Strategien in den sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaaten.

Carles Boix ergänzt den Befund der Existenz eines angebotsorientierten sozialdemokratischen Politikmusters in seiner Studie von 1998 „Political Parties, Growth and Equality“, so der Buchtitel, um einen interessanten Aspekt. Seine Ergebnisse zeigen, daß eine Angebotspolitik betrieben wird, die der Version des Dritten Weges, wonach die drei wichtigsten Ziele „Bildung – Bildung – Bildung“ (Blair), entspricht. Boix zeigt, daß die Angebotsstrategie, staatlich in Bildung zu investieren, bereits seit den 70er Jahren von Sozialdemokraten verfolgt wird und auch in den 80er und 90er Jahren fortgesetzt worden ist. Bei dauerhafter sozialdemokratischer Regierung blieb es nach 1980 bei einem gleichen Niveau, kamen in den 80er Jahren Sozialdemokraten in die Regierung, wurde eine Nachholstrategie, also Expansion der Bildungsausgaben, betrieben (Boix 1998: 74). Die Unterschiede sind nicht trivial. Die makroquantitative Schätzung erbringt eine doppelt so hohe Bildungsinvestitionsquote für sozialdemokratische Regierungen.

Damit sind also Ansätze eines investiven Sozialstaats und einer angebotsorientierten Politik der Sozialdemokratie bereits längerfristig als Reaktion auf wirtschaftliche Rezession und Globalisierung angelegt. Scharpf hatte in seiner Studie zur sozialdemokratischen Krisenpolitik (Scharpf 1987) noch bemängelt, daß sich die Sozialdemokratie der Aufgabe

nicht gestellt hätte, eine sozialdemokratischen Kriterien genügende Version der Angebotsökonomie zu entwerfen. Die Ergebnisse zeigen jedoch, daß der Politikwandel unter sozialdemokratischer Beteiligung nicht bloß eine Anpassung an makroökonomische Gegebenheiten, also lediglich eine partielle Übernahme sogenannter neo-liberaler Politiken war, sondern schon in Ansätzen eine Umstellung auf ein typisches Muster sozialdemokratischer Angebotspolitik darstellt. Nicht zuletzt deshalb kann die Grundwertekommission der SPD von den Dritten Wegen sprechen. Die grundlegende Strategie ist überall die gleiche, die Konkretisierungen verschieden.

Stellt sich noch die Frage, warum diese langjährige politische Praxis erst mit Schröder und Blair zu einer Programmatik des Dritten Weges verdichtet wurde. Damit komme ich zu meiner These, daß zwar die Ursachen für die explizite Thematisierung des Weges zur Mitte zwischen alter Sozialdemokratie und Neo-Liberalismus in längerfristigen Entwicklungen gefunden werden können, nicht jedoch die Erklärung für den Zeitpunkt der Propagierung.

Ich komme also zu meiner zweiten Hypothese, die besagt, daß der Zeitpunkt der Lancierung des Dritten Weges sich nur aus wahlstrategischen Überlegungen erklären läßt. Daher ist es auch kein Zufall, daß es britische und deutsche Sozialdemokraten sind, die sich gemeinsam zum Dritten Weg geäußert haben.

3. Dritter Weg: Warum und warum jetzt?

Die Protagonisten des Dritten Weges begründen den Dritten Weg mit einer ganzen Reihe von Argumenten, die sich im wesentlichen auf mittel- und langfristige Veränderungsprozesse beziehen. Sie finden sich bei Giddens (1998) ebenso wie bei Blair (1998), Schröder/Blair (1999), Hombach (1998) oder dem Papier der Grundwertekommission der SPD (1999).

Prominent figurieren natürlich die Effekte *Wirtschaftlicher Globalisierung und Wirtschaftsentwicklung*. Einige Aspekte habe ich bereits angesprochen, ich komme darauf aber am Schluß noch einmal kurz zu sprechen

Als weitere Faktoren werden genannt:

Sozio-demographischer Wandel, vor allem die quantitative Abnahme der Kernklientel sozialdemokratischer Parteien:

Die Abnahme der Größe der traditionellen sozialdemokratischen Wählerschaften (also der Arbeiterschaft, vor allem der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter) ist zum Teil dramatisch (Arbeiter 1950/1990: Deutschland 50/30%; Großbritannien 42/30% [Kit-

schelt 1994]). In Deutschland machte der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder an den SPD-Wählern 1953 noch 37%, 1998 noch 17 % aus (Weßels 2000).

Veränderung des Wahlverhaltens: Flexibilisierung und Abnahme der Parteibindungen.

Gemessen mit verschiedenen Indikatoren ist ein genereller Rückgang der Gruppendifferenzen zu konstatieren (Alford-Index 1945-60/1981-90: Deutschland 36/13; Großbritannien 37/23; Tendenz in allen Ländern in diese Richtung, Ausnahme Niederlande: 14/15 wegen cross-cutting cleavages [Nieuwberta 1995]).

Wertewandel und Aufkommen neuer Politikziele:

Der Anteil der Postmaterialisten hat sich in allen westlichen Demokratien in den letzten zwanzig Jahren stark erhöht (Saldoanstieg Postmaterialisten minus Materialisten (1975/1993: Deutschland 24; Großbritannien 22 [Knutsen 1998]).

In der Folge entsteht hieraus eine *Veränderung der Konfliktdimensionen im Parteienwettbewerb*, die, so die Einschätzung der SPD bereits nach ihrer Wahlniederlage 1983 (Scarrow 1999), die Sozialdemokratie wegführen müsse von der Orientierung auf Kernklientele und hinführen müsse zur politischen Mitte. Die neuen Konstellationen sind vielfach belegt; werden aber sehr unterschiedlich bezeichnet. Die alte Konstellation war Links vs. Rechts; hinzugetreten ist:

- Neue vs. alte Politik (Hildebrandt/Dalton 1977);
- autoritäre vs. libertäre (Kitschelt 1984; Kriesi 1998);
- in Großbritannien z.B. von Webb bezeichnet als Sozialismus vs. Laissez Faire und Freiheit vs. Autorität (Webb 1999), von Norris als Links-Rechts vs. moralischer Liberalismus-moralischer Traditionalismus (Norris 1997).

Entstanden ist dadurch eine Konstellation auf einer neuen Wettbewerbsdimension zwischen links-libertären Interessen und rechts-autoritären Vorstellungen (Kitschelt 1994).

Es ist dabei zentral hervorzuheben, daß sowohl Wähler als auch Parteien sich nicht etwa so in diesem zweidimensionalen Raum verorten, daß er tatsächlich im Sinne zweier Dimensionen ausgefüllt wird, sondern eine Verbindung zwischen beiden Dimensionen so hergestellt wird, daß die Kontrahenten sich im wesentlichen wieder auf einer Dimension oder einer Linie in diesem Raum abbilden lassen, die von neuer Rechte zu neuer Linke führt (siehe speziell für Großbritannien Webb 1999, sonst Kitschelt 1994, für die Schweiz Kriesi 1998).

Diese mittel- bis langfristigen Veränderungsprozesse sind ohne Zweifel alle eine *notwendige*, aber mitnichten eine *hinreichende* Bedingung dafür, daß der Dritte Weg nach den für die Sozialdemokraten in Großbritannien und Deutschland erfolgreichen Wahlen propagiert wird. Es ist evident, daß sich die Frage: „Warum jetzt?“ nicht mit Verweis auf Prozesse, die zum Beispiel die SPD spätestens seit 1984 in ihren vollen Konsequenzen erkannt hat, beantworten läßt.

Erklären läßt sich damit die programmatische Anpassung sozialdemokratischer Parteien in Europa, die alle versucht haben, die neuen Politikinteressen an Ökologie, Partizipation und Selbstverwirklichung zu integrieren und den Imperativen verknappter staatlicher Ressourcen zu begegnen. Nicht erklären, so die hier vertretene These, läßt sich damit der Dritte Weg.

Ich denke, daß hier systematische Überlegungen zur Wettbewerbsstrategie der Parteien weiterhelfen. Lassen Sie mich daher kurz auf einige Grundüberlegungen des Parteienwettbewerbs eingehen, um hieraus, im generellen Anschluß an Cox (1997) Arbeiten zum Parteienwettbewerb und Kitschelts Arbeiten speziell zum sozialdemokratischen Parteienwettbewerb (1994) eine Spezifizierung und Begründung der Hypothese vorzunehmen.

In *Mehrparteiensystemen*, so die Annahme von Downs (1968) und durch die Arbeiten von Cox (1997) auch empirisch belegt, ist der normale politische Wettbewerb wie folgt gekennzeichnet: die Parteien streben diskrete politische Positionen an und versuchen die politischen Unterschiede zu ihren Konkurrenten in beide politischen Richtungen zu maximieren. Das entspricht der Strategie der Repräsentation der Parteiwähler/innen. In *Zweiparteiensystemen* hingegen wird in aller Regel ein zentristischer Wettbewerb um den sogenannten Median Voter geführt. Das sind die zwei grundlegenden Wettbewerbsstrategien.

Es kann aber bestimmte Situationen geben, die im Mehrparteiensystem zu anderen Strategien als der der Maximierung der Differenz zu den Nachbarparteien führen:

Das ist erstens:

- die oligopolistische Strategie, bei der Parteien versuchen, kleinere politische Gegner, vor allem diejenigen, die von ihnen aus gesehen weiter weg von der politischen Mitte sind, dadurch zu verdrängen, daß sie selber pointiertere oder extremere Positionen einnehmen. Diese Strategie läuft in erster Linie auf Policy-Seeking hinaus. Sie birgt das Risiko, die Wähler, die näher an der Mitte sind, zu verlieren. Wenn es aber gelingt, Mitbewerber auszuschalten, kann dies mittel- oder langfristig zu einer Mehrheitsposition führen, wenn in der Summe die Mehrzahl der Stimmen auf der jeweiligen Seite der Mitte zu holen ist.

Das ist zweitens:

- die *pivotale* oder auch *zentristische* Strategie, die darauf abzielt, Wähler der politischen Mitte, im Idealfall die Median-Voter-Position, anzusprechen. Diese Strategie steht in der Regel nur den Parteien offen, die zwischen sich und der politischen Mitte keine weiteren großen Konkurrenten haben. Das trifft auf sozialdemokratische Parteien in der Regel zu. Allerdings besteht bei dieser Strategie die Gefahr, daß die Kernklientele und insbesondere die zu weniger zentristischen Positionen tendierenden Wähler für die Partei verloren gehen und dieser Verlust nur dadurch kompensiert werden kann, daß die Wähler der politischen Mitte tatsächlich auf diese Strategie anspringen. Geht die Strategie nicht auf, verliert die Partei nicht nur Stimmen, sondern auch ihre Position im Koalitionsbargai-

ning. Geht die Strategie auf, mag sie Stimmen bei ihren Kern- und extremeren Wählern verloren haben, sie ist aber auf jeden Fall als Regierungspartei kaum noch auszuschließen (Kitschelt 1994). Diese Strategie entspricht also dem Office-Seeking.

Wie Kitschelt (1994) zu Recht bemerkt, befinden sich sozialdemokratische Parteien bei der Entscheidung zwischen oligopolistischem und pivotalem Wettbewerb also in einer prekären Trade-Off Situation.

Gerade deshalb sind Strategieänderungen in eine der beiden Richtungen höchst voraussetzungsvoll. Mindestens zwei Voraussetzungen, die miteinander verknüpft sein können, sind hierfür zentral:

- die parteiorganisatorischen Voraussetzungen müssen gegeben sein, damit eine Strategie zentral durchgesetzt werden kann;
- die Motivation für einen Strategiewandel muß hoch sein, da dieser im Zweifel kostenträchtig ist.

Kitschelts Hypothese ist nun, daß die Wahrscheinlichkeit, daß sozialdemokratische Parteien ihre Position für die Regierungsbeteiligung maximieren, also eine zentristische Wettbewerbsstrategie ggf. auch auf Kosten der Stimmenmaximierung betreiben, mit der Länge und Unzufriedenheit des Oppositionsstatus zunimmt (Kitschelt 1994).

Bezogen auf Labour und SPD läßt sich zeigen, daß sie 1997 bzw. 1998 in der Lage waren, in Abwendung von davor verfolgten Strategien auf einen zentristischen Kurs umzuschwanken. Die Gründe dafür sind in längerfristigen Erfahrungen und bestimmten Lernschritten zu finden:

- Beide Parteien waren von neuen politischen Alternativen politischer Gegner jenseits des großen Gegners bedroht: Labour durch die Liberals und die SDP ab 1974, die SPD durch die Grünen ab 1983.
- Beide reagierten darauf mit oligopolistischen Wettbewerbsstrategien: Labour mit dem Links-Ruck von 1983, die SPD mit dem Versuch, die Grünen zu verhindern, im selben Jahr. Labour setzte diese Strategie 1987 mit dem „Kampf um die Opposition“, so Paul Webb (1999), fort, die SPD ebenso: sie ging Mitte 1986 noch vom Gewinn der absoluten Mehrheit aus. Keine der beiden Parteien korrigierte diesen Kurs in Richtung einer zentristischen Wettbewerbsstrategie bis 1997 bzw. 1998.
- Damit hatte Labour aufgrund seiner Strategie es auf 18, die SPD es auf 16 Jahre Opposition gebracht. Damit war klar, daß hier für den Eintritt in die Regierung keine erfolgreiche Strategie lag. Die Tatsache, daß sowohl die Konservativen ab 1992 (Black Wednesday) als auch die CDU/CSU spätestens ab 1997 nicht mehr über einen Wirtschaftskompetenz-Vorsprung verfügten, machte das Feld der alten Mitte zudem inhaltlich frei.

- Außerdem hatte Blair die Partei ab 1992 so reformiert, daß eine zentralistische Wahlkampfführung möglich wurde, die SPD ließ sich aufgrund der Oppositionsmüdigkeit auf die Allmacht der sogenannten KAMPA ein.

Damit war es möglich, einen politisch zentristischen Wahlkampf zu führen, ohne die Parteien zu sprengen. New Labour und die Neue Mitte waren geboren und wie wir wissen, erfolgreich.

Diese zentristische Strategie war die unmittelbare Voraussetzung dafür, daß der Versuch gemacht werden konnte, die Rhetorik zu vereinheitlichen. Erst damit konnte es zur Propagierung des Dritten Weges kommen. Die Notwendigkeit für diese Propagierung läßt sich auf zweierlei Weise begründen und damit komme ich zu meinem dritten und abschließenden Punkt und ich kann ihn ganz kurz machen:

4. Dritter Weg = Modernisierung?

Das Risiko pivotaler Wettbewerbsstrategien steigt mit der Wiederholung und zwar in mehrfacher Hinsicht: Zum einen können sich die Abschmelzprozesse bei der Kern- und stärker links orientierten Wählerschaft aus Unzufriedenheit mit der zentristischen Politik vergrößern, zum anderen wird der elektorale Werbespielraum für Parteien links von der Sozialdemokratie größer. Wenn dann auch die Mitte nichts mehr von einer sozialdemokratischen Politik der Mitte wissen will, ergibt sich ein Problem: Stimmenverluste *und* Regierungsverlust.

Wollen die Sozialdemokraten Deutschlands und Großbritanniens bei einer zentristischen Strategie bleiben, muß ein zentripedaler Sog erzeugt werden, der die Linken in der Partei und möglichst die Ränder weiter links stehender Parteien stärker zur Mitte zieht. In Großbritannien gibt es dazu keine Alternative. In Deutschland hängt es von der Koalitionsfähigkeit und der Größe des linken Lagers ab, ob von einer zentristischen Strategie abgewichen werden kann. Sozialdemokraten sind aber in der Regel auf Koalitionen angewiesen, wenn sie regieren wollen. Wie jüngst Stöss und Niedermayer in der APuZ (2000) argumentiert haben, sind die Sozialdemokraten in Deutschland strukturell die zweiten. Bis auf die skandinavischen Länder und Großbritannien gibt es auch in den anderen Ländern Westeuropas nirgendwo eine Chance für Sozialdemokraten, mit von ihnen aus auf der linken Seite stehenden Parteien Regierungsmehrheiten zu gewinnen. Koalitionen sind also notwendig und wenn sie keine Mitte- oder Links-Rechts-Koalitionen sein sollen, müssen die Wähler der Mitte von einer Links-Koalition gewonnen werden.

Eine zentristische Strategie im Sinne angebotsorientierter sozialdemokratischer Politik ist aber nur möglich, wenn ein politisches Projekt angeboten werden kann, daß mehr dar-

stellt, als Pragmatismus. Der Dritte Weg macht ein Angebot in diese Richtung und er ist geeignet, auf diese Art und Weise eine angebotsorientierte Politik als neues internationales und einheitliches Großprojekt sozialdemokratischer Parteien darzustellen. Die nachträgliche Programmierung könnte zu einer zukunftsleitenden Perspektive umgestellt werden. Will die Sozialdemokratie ein „errötetes Europa“, also zumindest sozialdemokratisches Mitregieren, mittel- oder gar langfristig erhalten, gibt es aus einem bestimmten Grund meines Erachtens keine Alternative zur angebotsorientierten Politik. Ich sehe den Grund weniger in der vielbeschworenen *Globalisierung der Märkte*, als vielmehr in der *Institutionalisierung globaler Geldpolitik in Europa*. Mit der europäischen Währungsunion und einer europäischen Zentralbank sind die Möglichkeiten für neo-keynesianische Strategien weitgehend versperrt. Scharpf (1987) hat dieses Dilemma für traditionelle sozialdemokratische Politik, obwohl er es damals nicht für ein realistisches Szenario hielt, bereits 1987 weitsichtig so vorausgesagt; aktuelle Diskussionen über die Konsequenzen der Währungsunion, wie sie z.B. bei Winterberg (1997) zusammengestellt sind, bestätigen Scharpfs Prognose: Nachfragesteuerung ist auf die erfolgreiche Konzertierung zwischen Fiskalpolitik, Geldpolitik und Lohnpolitik angewiesen. Auf der europäischen Ebene ist eine antizyklische Fiskalpolitik so gut wie ausgeschlossen, weil das Haushaltsvolumen der EU hierfür viel zu klein ist. Es muß also immer eine Koordination zwischen europäischer Geldpolitik und Fiskalpolitik der Nationalstaaten geben. Nationale fiskalische Expansion würde mindestens durch europäische Geldverknappung bestraft. Noch unwahrscheinlicher ist die Koordination zwischen europäischer Geldpolitik und nationaler Lohnpolitik. Der Kostendruck ist aufgrund unterschiedlicher Produktivität, unterschiedlicher Arbeitsbeziehungen sowie unterschiedlich starker Gewerkschaften uneinheitlich. Früher konnten die Steigerungsraten bei Lohnstückkosten über periodische Wechselkursänderungen aufgefangen werden. Für Schweden war zum Beispiel die Abwertung der Krone Anfang der 80er Jahre ein Ausweg aus der Krise. Fällt der Wechselkurs als Anpassungsinstrument weg, verbleiben die Gestaltung von Löhnen und Preisen, die nach herrschender Meinung unter stärkeren Druck geraten (Winterberg 1997), sowie die flexible Reaktion und damit Wanderung von Kapital in erster Linie, aber auch von Arbeitskräften. Insgesamt stellt sich also ein angebotslastiger Anpassungsdruck her. Damit aber ist die Politik langfristig auf Angebotsorientierung festgelegt. Regierungen werden diesem Druck nicht ausweichen können. Wollen Sozialdemokraten regieren, werden sie sich diesem Druck in ihrer Politik weiterhin anpassen müssen. Um regieren zu können, müssen sie Wahlen gewinnen, in denen sie diese Politik werden klar machen müssen. Die Diskussion um den Dritten Weg ist eine Möglichkeit, ein solches Politikprofil verkaufen zu können. Die Identität sozialdemokratischer Politik steht damit nicht notwendigerweise in Frage, da sich schon bisherige angebotsorientierte Politik sozialdemokratischer Regierungen im Ergebnis von dem nicht-sozialdemokratischer Regierun-

gen deutlich unterscheidet. Gelingt der Sozialdemokratie die erfolgreiche Definition einer angebotsorientierten sozialdemokratischen Politik und würde sie damit Wahlen gewinnen, wäre die Programmierung des Dritten Weges eine Modernisierung im Sinne einer gelungenen Umwelthanpassung.

Verwendete Literatur/Quellen:

- Alber, Jens (1998): "Der deutsche Sozialstaat im Licht international vergleichender Daten", in: Leviathan, 26. Jg., Heft 2, Juni 1998, S. 199-227.
- Auf dem Weg zu einer gerechteren Welt. Reformpapier der Sozialistischen Partei Frankreichs "Pour une monde plus juste", Beitrag der Sozialistischen Partei zum Kongress der Sozialistischen Internationale, Oktober 1999, URL: <http://www.spd.de/politik/erneuerung/jospin/index.htm>.
- Bergmann, Theodor/Wolfgang Haible (1999): "PDS – Wohin des Wegs? Eine Antwort im Geiste Rosa Luxemburgs zu Gregor Gysis zwölf Thesen", in: Das Argument, Nr. 233, 1999, S. 827-831.
- Blair, Tony (1999): *The Third Way. New Politics for the New Century*, Fabian Pamphlet 588, London: The Fabian Society.
- Boix, Carles (1998), *Political Parties, Growth and Equality*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Conelly, Jim (1999): "Public Health Policy: Between Victim Blaming and the Nanny State – Will the Third Way Work?", in: *Policy Studies*, Vol. 20, No. 1, 1999, pp. 51-67.
- Cox, Gary W. (1997), *Making Votes Count*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Cuperus, René/Johannes Kandel (Hrsg.)(1998), *Transformation in Progress: European Social Democracy*, Amsterdam: Wiardi Beckman Stichting/Friedrich Ebert Stiftung.
- Cusack, Thomas R. (1999): "Partisan Politics and Fiscal Policy", in: *Comparative Political Studies*, Vol. 32, No. 4, June 1999, pp. 464-486.
- Dahrendorf, Ralf (1980): *After Social Democracy, Unserving State Papers*, London: Liberal Publication Department.
- Dahrendorf, Ralf (1999): *Ein neuer Dritter Weg? Reformpolitik am Ende des 20. Jahrhunderts*, Tübingen: Mohr Siebeck.
- Dauderstädt, Michael (1996): *Sozialdemokratische Sparpolitiken in Westeuropa*, unveröffentlichtes Manuskript, Bonn, 28. August 1996.

- Declaration of Paris. The Challenges of Globalisation, XXI. Congress of the Socialist International, Paris, 8-10 November 1999, URL: <http://www.spd.de/politik/erneuerung/si/index.htm>.
- Democratic Leadership Council (1999): The Third Way: Progressive Governance for the 21st Century, National Press Club, Washington, DC, April 25, 1999, Transcript of Live Broadcast, URL: <http://www.dlcppi.org/conferences/thirsway/transcript.htm>.
- Die Zukunft der Demokratie, ZEIT-Serie, in: DIE ZEIT, Nr. 46, 11.11.1999, bis Nr. 03, 12.1.2000.
- (URLs: Teil I: http://www.archiv.zeit.de//zeit-archiv///daten/pages/199946.fukuyama_.html
 Teil II: http://www.archiv.zeit.de//zeit-archiv///daten/pages/199947.baumann_demokrat.html
 Teil III: http://www.archiv.zeit.de//zeit-archiv///daten/pages/199948.beck_.html;
 Teil IV: http://www.archiv.zeit.de//zeit-archiv///daten/pages/199949.touraine_%28zwei%29a.html
 Teil V: http://www.archiv.zeit.de//zeit-archiv///daten/pages/199950.offe.gueltige_fa.html
 Teil VI: http://www.archiv.zeit.de//zeit-archiv///daten/pages/199951.demokratie_gueh..html
 Teil VII: http://www.archiv.zeit.de//zeit-archiv///daten/pages/199952.margalit_definit.html
 Teil VIII: http://www.archiv.zeit.de//zeit-archiv///daten/pages/200003.demokratie.held_.html)
- Downs, Anthony: Ökonomische Theorie der Demokratie, Tübingen: J.C.B. Mohr 1968.
- Eppler, Erhard (1999), Vom europäischen Modell, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 7-8/99, S. 386-391.
- Faux, Jeff (1999): "Auf dem Weg in die Sackgasse. Eine Bilanz der Clinton-Jahre", in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 8, 1999, S. 934-946.
- Franklin, Mark/Tom Mackie/Henry Valen et al. (1992), Electoral Change, Oxford: Oxford University Press.
- Garrett, Geoffrey (1998), Partisan Politics in the Global Economy, Cambridge: Cambridge University Press.
- Garrett, Geoffrey/Peter Lange (1991): "Political Responses to Interdependence: What's 'Left' for the Left?", in: International Organization, Vol. 45, No. 4, Autumn 1991, pp. 539-564.
- Giddens, Anthony (1998), Der dritte Weg, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Godesberger Programm. Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Außerordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei

- Deutschlands in Bad Godesberg vom 13. bis 15. November 1959, URL: <http://www.spd.de/partei/grundsatzprogramm/godesberg/index.htm>.
- Grönebaum, Stefan (1999), Die mühsamen Paradigmenwechsel der SPD, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 8, S. 667-684.
- Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Programm-Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 20. Dezember 1989 in Berlin, URL: <http://www.spd.de/partei/grundsatzprogramm/>.
- Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD (1999): Dritte Wege – Neue Mitte. Sozialdemokratische Markierungen für Reformpolitik im Zeitalter der Globalisierung, Berlin, September 1999.
- Hall, Peter (1999), The Political Economy of Europe in an Era of Interdependence, in: Kitschelt/ Lange/ Marks/ Stephens (Hrsg.)(1999), S. 135-163.
- Halpern, David with David Mikosz (1998): "The Third Way: Summary of the NEXUS on-line discussion", URL: <http://www.netnexus.org/library/papers/3way.html>.
- Hanesch, Walter (1998): "Soziale Sicherung im europäischen Vergleich", in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitschrift "Das Parlament", B34-35/98, August 1998, S. 15-26.
- Hauer, Nina (1999): "Keine Angst vor Schröder und Blair", in: Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte, 46. Jg., Heft 9, 1999, S. 773-776.
- Haug, Frigga (1999): "Die Neue Mitte – Bewegungsmöglichkeiten im Neoliberalismus", in: Das Argument, Nr. 233, 1999, S. 795-809.
- Heimann, Siegfried (1984), Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Richard Stöss (Hrsg.), Parteienhandbuch, Bd. 2, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 2025-2216.
- Hildebrandt, Kai/Russell J. Dalton: Die neue Politik - Politischer Wandel oder Schönwetterpolitik?, in: Max Kaase (Hrsg.), Wahlsoziologie heute - Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1976, Politische Vierteljahrsschrift 18 (Sonderheft), H. 2/3, 1977, S. 230-256.
- Hirst, Paul/Grahame Thompson (1995): "Globalization and the Future of the Nation State", in: Economy and Society, Vol. 24, No. 3, August 1995, pp. 408-442.
- Hombach, Bodo (1998), Aufbruch - Die Politik der neuen Mitte, München: Econ.
- Huber, Evelyne/John D. Stephens (1998): "Internationalization and the Social Democratic Model. Crisis and Future Prospects", in: Comparative Political Studies, Vol. 31, No. 3, June 1998, pp. 353-397.
- Joas, Hans (1999), Das Blair-Schröder-Papier ist nicht „neoliberal“, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, II (Nov. 1999), S. 990-995.
- Kitschelt, Herbert (1994), The Transformation of European Social Democracy, Cambridge: Cambridge University Press.

- Kitschelt, Herbert (1999), European Social Democracy between Political Economy and Electoral Competition, in: Kitschelt/ Lange/ Marks/ Stephens (Hrsg.)(1999), S. 317-345.
- Kitschelt, Herbert/ Peter Lange/ Gary Marks/ John D. Stephens (1999), Convergence and Divergence in Advanced Capitalist Democracies, in: Kitschelt/ Lange/ Marks/ Stephens (Hrsg.)(1999), S. 427-460.
- Kitschelt, Herbert/ Peter Lange/ Gary Marks/ John D. Stephens (Hrsg.)(1999), Continuity and Change in Contemporary Capitalism, Cambridge: Cambridge University Press.
- Kittel, Bernhard/Franz Traxler (1999): "Disorganisierung als ultima ratio? Wettbewerbseffekte der Arbeitsbeziehungen im internationalen Vergleich", in: Andreas Busch/Thomas Plümper (Hg.): Nationaler Staat und internationale Wirtschaft. Anmerkungen zum Thema Globalisierung, Baden-Baden: Nomos, S. 93-121.
- Knutsen, Oddbjorn (1998), Europeans Move Towards the Center: A Comparative Longitudinal Study of Left-Right-Self-Placement in Western Europe, in: International Journal of Public Opinion Research, 10, S. 292-316.
- Konsenspolitik durch Dialog, Gespräch mit Wim Kok über die „Partei der Arbeit“ und den Kapitalismus in den Niederlanden, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 7-8/99, S. 400-413.
- Kriesi, Hanspeter (1998): "The Transformation of Cleavage Politics. The 1997 Stein Rokkan Lecture", in: European Journal of Political Research, Vol. 33, No. 2, March 1998, pp. 165-185.
- Lafontaine, Oskar/Christa Müller (1998), Keine Angst vor der Globalisierung, Bonn: Dietz Nachfolger.
- Land, Rainer (1999): "Moderner Sozialismus versus Neoliberalismus. Ein Blick zurück in die Zukunft", in: Das Argument, Nr. 233, 1999, S. 811-826.
- Lehmbruch, Gerhard (1989): "Marktreformstrategien bei alternierender Parteiregierung: Eine vergleichende institutionelle Analyse – Theodor Eschenburg zum 85. Geburtstag gewidmet –", in: Thomas Ellwein/Joachim Jens Hesse/Renate Mayntz/Fritz W. Scharpf (Hrsg.): Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft, Band 3/1989, Baden-Baden: Nomos, S. 15-45.
- Lindbeck, Assar (1995), The End of the Middle Way?, American Economic Review, 85.
- MacGregor, Susanne (1999): "Welfare, Neo-Liberalism and New Paternalism: Three Ways for Social Policy in Late Capitalist Societies", in: Capital & Class, Vol.No. 67, Spring 1999, pp. 91-119.
- Mair, Peter/Wolfgang C. Müller/Fritz Plasser (Hrsg.)(1999), Parteien auf komplexen Wählermärkten, Wien: Signum.
- Merkel, Wolfgang (1993), Ende der Sozialdemokratie?, Frankfurt/New York: Campus.

- Meyer, Thomas (1999), The Third Way at the Crossroads, in: Politik und Gesellschaft Online, International Politics and Society 3/1999, URL: http://www.fes.de/ipg/ipg3_99/artmeyer.html.
- Meyer, Thomas/Michael Müller (1999): "Dritte und andere Wege", in: Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte, 46. Jg., Heft 10, 1999, S. 871-874.
- Navarro, Vicente (1999): "Is There a Third Way? A Response to Giddens's The Third Way", in: International Journal of Health Services, Vol. 29, No. 4, 1999, pp. 667-677.
- Nieuwbeerta, Paul (1995), The Democratic Class Struggle in Twenty Countries 1945-1999, Amsterdam: Thesis Publisher.
- Norris, Pippa (1997), Electoral Change in Britain since 1945, Oxford: Blackwell.
- Perger, Werner A. (1998): "Linkes Europa. Sozialdemokraten haben die Mehrheit. Haben sie auch die Macht?", in: DIE ZEIT, Nr. 43, 15.10.1998, URL: <http://www4.bdaserver.de/zeit/print/199843.europ.linke.html>.
- Pontussen, Jonas (1995): "Explaining the Decline of European Social Democracy. The Role of Structural Economic Change", in: World Politics, Vol. 47, No. 4, July 1995, pp. 495-533.
- Scarrow, Susan E. (1999), Der Rückgang der Parteibindungen aus der Sicht der deutschen Parteien: Chance oder Gefahr?, in: Mair/Müller/Plasser (1999), S. 71-102.
- Scharpf, Fritz W. (1987), Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa, Frankfurt/New York: Campus.
- Schmidt, Manfred G. (1997): Determinants of Social Expenditure in Liberal Democracies. The Post World War II Experience, unpublished manuscript, 28th February 1997.
- Schröder, Gerhard (1998), Aufbruch für ein modernes und gerechtes Deutschland, Startprogramm der SPD-geführten Bundesregierung, Bonn – Berlin 20.Aug. 1998, URL: http://www.spd.de/archiv/arbeit/Arb19980820_670.html.
- Schröder, Gerhard/Tony Blair (1999; o. J.): Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten, unveröffentlichtes Manuskript.
- Schwarz, Peter (1999), Dritter Weg und Neue Mitte, World Socialist Web Site, URL: <http://www.wsws.org/de/1999/nun1999/spd-j12.shtml>
- Senti, Martin (1999): "Globalisierung oder Regionalisierung der internationalen Sozialpolitik? Die Ratifikation der ILO-Konventionen im Industrieländervergleich", in: Andreas Busch/Thomas Plümper (Hrsg.): Nationaler Staat und internationale Wirtschaft. Anmerkungen zum Thema Globalisierung, Baden-Baden: Nomos, S. 307-337.
- Stephens, John D./ Evelyne Huber/ Leonard Ray (1999), The Welfare States in Hard Times, in: Kitschelt/ Lange/ Marks/ Stephens (Hrsg.)(1999), S. 164-193.

- Stöss, Richard/Oskar Niedermayer (2000): "Zwischen Anpassung und Profilierung. Die SPD an der Schwelle zum neuen Jahrhundert", in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitschrift "Das Parlament", B5/2000, S. 3-11.
- Streeck, Wolfgang (Hrsg.)(1998), Internationale Wirtschaft, nationale Demokratie, Frankfurt/New York: Campus.
- Szreter, Simon (1998): "Social Capital, the Economy and the Third Way", URL: <http://www.netnexus.org/debates/3wayecon/library/socialcap.htm>.
- Thierse, Wolfgang (1999): "'Dritte Wege' im europäischen Maßstab", in: Die Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte, 46. Jg., Heft 11, 1999, S. 986-990.
- Webb, Paul D. (1999), Die Reaktion der britischen Parteien auf die Erosion der Wählerloyalitäten, in: Mair/Müller/Plasser (1999), S. 31-70.
- Weir, Diarmid (1998), Two Lanes on the Third Way, paper submitted to the No 10 Policy Unit for the Prime Minister's Seminar – 7th May 1998. URL: <http://www.abel.co.uk/~febl/tst/essays/sempap.htm>.
- Werner, Heinz (1998): "Beschäftigungspolitisch erfolgreiche Länder", in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitschrift "Das Parlament", B34-35/98, August 1998, S. 3-14.
- Weßels, Bernhard (2000), Gruppenbindung und Wahlverhalten: 50 Jahre Wahlen in der Bundesrepublik, in: Wolfgang Jagodzinski, Ekkehard Mochmann, Ingvill Oedegaard (Hrsg.), *50 Jahre Wahlforschung in Deutschland* (in Vorbereitung).
- Western, Bruce/Kieran Healy (1999), Explaining the OECD Wage Slow Down, in: European Sociological Review, 15, S. 233-249.
- Winterberg, Jörg M. (1997): Europäische Währungsunion, Interne Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung, IS 137/1997, Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung.